



Aktionsbündnis für den Wald Sachsen-Anhalt

Pressemitteilung

Sachsen – Anhalt braucht Försternachwuchs statt Biosphärenreservate mit Etikettenschwindel zu Lasten einer strukturschwachen Region

Seit dem 11. 07. 2014 planen Teile der Landtagsfraktionen von CDU und SPD einen Etikettenschwindel besonderer Art. Dies ist die UNESCO-feindliche Änderung des Naturschutzgesetzes von Sachsen-Anhalt. Mit dieser soll das Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz auch ohne Zustimmung der Gemeinde Südharz ein „Biosphärenreservat nach nationalem Recht“ werden. Auf den UNESCO-Antrag und die Einhaltung der UNESCO-Kriterien wird verzichtet und dementsprechend ein „nationales Biosphärenreservat“ etikettiert. Dies sieht die UNESCO nicht vor.

Schon in den vergangenen Jahren flossen 7 Millionen Euro Steuergelder in die den UNESCO-Regelungen nicht entsprechende Biosphärenreservatsverwaltung. Damit wurden auch 38 Mitarbeiter eines Projektes finanziert, was der Legitimation der UNESCO entbehrt. Dem Steuerzahler wurde hierüber weder Rechenschaft abgelegt, noch erfolgte eine Kostenfolgenabschätzung für die vor Ort betroffene Wirtschaft. So entgehen dem Land allein aus der Stilllegung der Kernzone jährlich 250.000,00 Euro an Holzerlösen. Die UNESCO weiß, dass Naturschutz und Volksvertreter sich den Belangen der Betroffenen vor Ort nicht verweigern dürfen. Die 18 Ortschaften aus dem Bereich der Einheitsgemeinde Südharz verweigern sich aus guten Gründen diesem Vorhaben. Sie machen weit über 50% der betroffenen Fläche aus und wissen ganz genau, dass die Entwicklung in der strukturschwachen Region gerade durch die wirtschaftlichen Leuchttürme in den Ortslagen der verweigernden Gemeinde Südharz gesichert wurde, nicht aber durch die mit sich selbst beschäftigte Reservatsverwaltung oder so manchen Landtagsabgeordneten. Letztere scheinen ihr politisches Profil vor die Prosperität der Region Südharz zu stellen. Sie ignorieren die Bedürfnisse nach Planungssicherheit für die regionalen Arbeitgeber. Die vor Ort entstandenen Initiativen für Arbeitsplätze und Wertschöpfung sollen beerdigt, regionales Engagement soll bestraft werden. Stattdessen setzt man auf die ungewisse Förderung für nicht nachhaltige Projekte. So zwingt man die Region an die Nabelschnur von Subventionen aus Steuergeldern, statt Steuern regional zu generieren. Mit der IHK und dem Städte- und Gemeindebund beklagt das **Aktionsbündnis für den Wald Sachsen-Anhalt** dieses Vorgehen. Es bedauert, dass sich so Teile des Landtages in unverantwortlicher Weise von dessen Beschlüssen zur nachhaltigen Forstwirtschaft verabschieden wollen.

Das Aktionsbündnis fordert, die nicht UNESCO-regelkonforme Reservatsverwaltung aufzulösen und den Personalengpässen in der Landesforstverwaltung Rechnung zu tragen.

Der in weiten Kreisen der Politik überstrapazierte Begriff der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft und wurde 1713 von Hans Carl von Carlowitz geprägt. Nachhaltige Bewirtschaftung im Wald bedeutet die Betreuung von Waldflächen und ihre Nutzung auf eine Weise und in einem Maß, dass sie ihre biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit und Vitalität behalten. Dafür steht das Aktionsbündnis.

Magdeburg, den 08.12. 2014

Für Rückfragen steht Ihnen Dr. Ehlert Natzke unter
Telefon 0391 563 90430 und info@wbvsachsen-anhalt.de zur Verfügung.

Bündnispartner: Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt
Bund Deutscher Forstleute Sachsen-Anhalt
Verein zur Förderung der Ausbildung von Forstwirten und Forstwirtschaftsmeistern
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft Sachsen-Anhalt
Arbeitsgemeinschaft forstwirtschaftlicher Lohnunternehmer Sachsen-Anhalt
Landesforstverein Sachsen-Anhalt
Bundesverband Freiberuflicher Forstsachverständiger